

Europa und die „soziale Malaise“ der Franzosen

HENRIK UTERWEDDE*

Im scheinbar einfachen Nein der Franzosen zum EU-Verfassungsvertrag steckt eine Reihe von unterschiedlichen, manchmal auch widersprüchlichen Botschaften, die nicht alle auf einen Nenner gebracht werden können. Die Ablehnung galt dem Verfassungsentwurf ebenso wie der generellen Ausrichtung der EU-Integration der vergangenen Jahre, dem Staatspräsidenten und der Regierung Raffarin ebenso wie der politischen Klasse – oder den „Eliten“ – allgemein, der Bedrohung der französischen Identität ebenso wie einem möglichen Türkei-Beitritt, der „wirtschaftsliberalen“ EU ebenso wie der krisenhaften Lage in Frankreich. Deshalb kann der folgende Versuch, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergründe und Folgen des französischen Referendums auszuloten, nicht beanspruchen, die Tragweite des französischen Neins in seiner Gesamtheit zu erfassen.

Dennoch liegt man nicht falsch, im französischen Wählervotum auch und vor allem den Ausdruck einer tiefen sozialen Krise und Verunsicherung zu sehen. Dies legen jedenfalls die Umfrageergebnisse nahe, die nach den hauptsächlichen Motiven der Befürworter und der Ablehner der Verfassung gefragt haben (vgl. Tabelle 1). Während das „Ja“-La-

ger vor allem auf das Gewicht Frankreichs beziehungsweise der EU im internationalen Umfeld und auf die Funktionsfähigkeit der Institutionen in einer erweiterten EU abhebt, ist die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage das Hauptmotiv der „Nein“-Wähler, besonders stark bei den linken Verfassungsgegnern. Es folgt ein weiteres ökonomisches Motiv: die Kritik an der zu „liberalen“ EU-Verfassung, die die neoliberalen Prämissen, wie die Gegner nicht müde wurden zu betonen, „in Marmor meißelt“. Dies Ergebnis entspricht einer Referendums-kampagne, die zu weiten Teilen von der Frage der „wirtschaftsliberalen“ EU, der Forderung nach einem „sozialen Europa“ und der Verteidigung des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells geprägt war. Da half der Hinweis wenig, dass der liberale Charakter der EU seinen Ursprung nicht im Verfassungstext, sondern in der bisher vorherrschenden Marktintegration und „in den ideologischen Präferenzen der Regierungen [...], aber auch in der Schwäche der Institutionen“ hat, und dass ein Nein die liberalen Elemente nicht aufhebt (weil sie längst vertraglich vereinbart sind), dafür aber die politische Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen auf absehbare Zeit blockiert.¹

* Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen (dfi), Instituts Ludwigsburg.

Tabelle 1: Die wichtigsten Motive der Ja- und der Nein-Wähler (2005)

Motive der Ja-Wähler	in %	Bemerkungen
1. Die Verfassung verstärkt Europas Gewicht gegenüber den USA und China	64	
2. Eine Verfassung ist notwendig, damit die EU der 25 funktionieren kann	44	
3. Ein Sieg des „Nein“ schwächt Frankreichs Gewicht in Europa	43	UMP-Anhänger: 51 % PS-Anhänger: 36 %
4. Ein Sieg des „Nein“ stellt die Fortsetzung der europäischen Integration in Frage	34	
Motive der Nein-Wähler	in %	
1. Unzufrieden mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in Frankreich	52	PCF-Anhänger: 57 % PS-Anhänger: 54 %
2. Die Verfassung ist zu wirtschaftsliberal	40	PCF-Anhänger: 57 % PS-Anhänger: 49 %
3. Das „Nein“ ermöglicht eine Neuverhandlung für eine bessere Verfassung	39	
4. Das „Nein“ ist eine Gelegenheit, sich gegen den EU-Beitritt der Türkei zu wehren.	35	UMP- und FN-Wähler: 56 %

Tabelle 2: Wahlverhalten nach sozialer Zugehörigkeit (1992 und 2005)

	Referendum vom 29.5.2005		Referendum vom 20.9.1992	
	Ja (in %)	Nein (in %)	Ja (in %)	Nein (in %)
Landwirte	30	70	38	62
Handwerker, Unternehmenschefs	49	51	51	49
Selbständige, Führungskräfte	65	35	67	33
Mittlere Angestellte	47	53	62	38
Einfache Angestellte	33	67	47	53
Arbeiter	21	79	39	61
Arbeitslose	29	71	41	59
Beschäftigte in der Privatwirtschaft	44	56	50	50
Beschäftigte im öffentlichen Sektor	36	64	51	49
Ohne Schulabschluss	28	72	47*	53*
Studienabschluss	64	36	65**	35**

Quelle für beide Tabellen: IPSOS (Nachwahlumfrage vom 29.5.2005), <http://www.ipsos.fr/canalipsos/poll/8074.asp>.

* 1992: Schulabschluss mit spätestens 16 Jahren.

** 1992: Ausbildungsabschluss mit 22 Jahren oder später.

Zu dieser klaren Motivationsstruktur des „Nein“-Lagers kommt sein ebenso deutliches soziologisches Profil (vgl. Tabelle 2). Dies ist inzwischen nicht mehr neu: Schon im Maastricht-Referendum 1992 zeigte sich ein ähnliches Bild, und auch die Wählerschaft extremistischer und protestorientierter Kandidaten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2002 weist ähnliche Merkmale auf.² In allen drei Voten kommt eine tiefe soziale Spaltung zum Ausdruck: Acht von zehn Arbeitern, sieben von zehn Arbeitslosen, Landwirten oder Menschen ohne Schulabschluss sowie immerhin zwei Drittel der einfachen Angestellten haben gegen den Verfassungsvertrag gestimmt; dagegen steht das Ja von zwei Dritteln der Hochschulabsolventen, der Selbständigen und Führungskräfte. In diesen Zahlen kommt der Gegensatz zwischen „unten“ und „oben“, der France d'en bas und der France d'en haut zum Ausdruck, über den schon 2002 so viel geredet wurde. Für den Wahlspezialisten Eric Dupin war der Urnengang vom 29. Mai von der geradezu karikaturhaften Konfrontation „zweier Frankreichs“ gekennzeichnet. Er fügt hinzu: „Die soziale Stimmung war eine Schlüsselvariable der Entscheidung: 75 Prozent derjenigen, die angeben, 'zuversichtlich' in die Zukunft ihrer 'persönlichen und beruflichen Situation' zu schauen, haben mit Ja gestimmt, und 72 Prozent der 'Besorgten' haben 'Nein' gesagt.“³

Aus diesen Befunden ergibt sich, dass sich hier vor allem ein Frankreich der „objektiven“ und „subjektiven“ Modernisierungsverlierer in einer breiten Ablehnungsfront zusammengefunden hat, wobei die tatsächliche soziale Lage wie auch die subjektive Einschätzung der Bedrohung gleichermaßen eine Rolle spielen (letztere etwa bei den Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die sicherlich nicht generell zur France d'en bas gezählt werden können). Die darin zum Ausdruck kommende „souffrance française“ (so Bruno Frappat in „La Croix“ vom 31. Mai 2005) hat sich gegenüber dem Maastricht-Referen-

dum von 1992 offensichtlich verstärkt, wobei in den Kommentaren zu Recht vor allem auf die Veränderungen bei den Mittelklassen (in der Tabelle „mittlere Angestellte“) hingewiesen worden ist, die sich stärker als früher durch die soziale Krise gefährdet sehen und die nunmehr mehrheitlich ins „Nein“-Lager gewechselt sind.

Eine tiefe soziale Krise

Die tiefe soziale Krise, die hier zum Ausdruck kommt, hat wiederum zwei Gesichter. Zum einen besteht sie in den Spuren, die die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte hinterlassen hat: Das ist zu allererst die Arbeitslosigkeit, die seit 1986 etwa drei Millionen Menschen, das heißt 10 Prozent der Erwerbstätigen betrifft und gegen die – außer in den bemerkenswerten Jahren 1998–2000 der Regierung Jospin, als sie um knapp eine Million gesenkt werden konnte – kein Kraut gewachsen zu sein scheint; jeder dritte Beschäftigte hat sich in den vergangenen Jahren mit der Erwerbslosigkeit konfrontiert gesehen. Zieht man den Kreis weiter, so leben circa sechs Millionen Franzosen in einem Zustand der Armut und der Abhängigkeit von Sozialtransfers. Dazu kommt das diffuse – aber nicht unberechtigte – Gefühl, dass die Globalisierung, die EU-Erweiterung, aber auch Initiativen wie die „Bolkestein-Richtlinie“ zur Dienstleistungsfreiheit im EU-Binnenmarkt weitere Arbeitsplätze gefährden könnten. Jede angekündigte Produktionsverlagerung trägt zu dieser Bedrohungsangst bei. Hinzu kommen Beispiele, die sich wie eine schlechte Karikatur antikapitalistischer Pamphlete lesen, aber doch realer Natur sind und in den Medien weite Beachtung fanden: das elsässische Kleinunternehmen, das neun Beschäftigte entlässt und ihnen als Ausgleich eine Stelle in Rumänien für einen Monatslohn von 110 Euro anbietet; die Lycos-Gruppe, die von 34 EDV-Entwicklungsangestellten verlangt, künf-

tig in Armenien für 300–500 Euro zu arbeiten.⁴ Schließlich ist auch die „*précarité*“ zu nennen, die soziale Gefährdung jener großen Zahl von Personen, die sich mit ungesicherten, befristeten Arbeitsverträgen über Wasser halten und deren Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg ihr Leben bestimmt. Dass diese Angst nunmehr auch zunehmend die Mittelschichten erfasst hat, die in der Zeit der „30 glorreichen Jahre“ zu den dynamischen, aufstiegsorientierten Elementen der französischen Gesellschaft zählten, muss als alarmierendes Zeichen gewertet werden: „diese Mittelklasse, die sich nicht mehr voller Hoffnung nach oben orientiert, sondern mit Angst nach unten schaut...“.⁵

Aber es geht nicht nur um reale Probleme, sondern auch um eine manifeste Orientierungskrise in der französischen Gesellschaft. Viele der früheren Gewissheiten haben sich verflüchtigt; das Wirtschafts- und Sozialmodell, das Frankreichs rasante Modernisierung und den Weg in die Wohlstands-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft bewirkt hat, ist auf vielfältige Weise unterhöhlt worden:

- Die umfassende Rolle des Staates als Garant des sozialen und territorialen Zusammenhaltes ist durch die Europäisierung und die Globalisierung, aber auch durch interne Entwicklungen wie den wirtschaftlichen Strukturwandel und die Dezentralisierung relativiert worden. Die Aufgaben des Staates, seine Interventionsmöglichkeiten und -formen haben sich längst verändert, ohne dass dieser Wandel seinen Niederschlag in den politischen Konzepten der Parteien gefunden hätte.⁶
- Der Primat der Politik, ein Kernelement der republikanischen politischen Kultur Frankreichs, in dem die Legitimität und der Steuerungsanspruch der Politik gegenüber Marktkräften, Verbänden und Unternehmen als Vertretern von Partikularinteressen zum Ausdruck kommt, stößt immer mehr an Grenzen. Angesichts einer global

ausgerichteten Unternehmenspolitik der großen Konzerne und einer wachsenden Durchdringung der französischen Firmen mit ausländischem Kapital erleben die Bürger zunehmend die Ohnmacht der Politik, die in eklatantem Gegensatz zu den neogaullistischen, voluntaristischen Diskursen eines Jacques Chirac oder eines Nicolas Sarkozy stehen.

- Die umfangreichen Systeme der sozialen Sicherheit der *Sécurité sociale* sind in finanzielle Schwierigkeiten geraten und stehen unter Reformdruck. Zwar folgen die in Frankreich durchgesetzten Sozialstaatsreformen immer noch dem Leitbild einer dem Solidargedanken verpflichteten „*Sécurité sociale* für alle“⁷, dennoch herrscht auch hier das Gefühl einer drohenden Entsolidarisierung der Gesellschaft vor. Dazu kommt, dass das Versprechen sozialer Mobilität und sozialen Aufstiegs schon längst nicht mehr gewährleistet ist: Die „Panne des sozialen Fahrstuhls“, das heißt seines Aufwärts-Knopfes, kommt in einer hohen Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss ebenso zum Ausdruck wie in den sozialen Brennpunkten der Vorstädte. All dies sind Zeichen eines Niedergang des französischen Sozialmodells.⁸
- Der *Service public*, für viele Franzosen Inbegriff eines Wirtschaftssystems, das nicht alles den Marktzwängen unterwirft und dafür sorgt, dass bestimmte grundlegende Dienstleistungen allen Franzosen zur Verfügung stehen, ist unter dem Druck des EU-Binnenmarktes dem Zwang ausgesetzt, sich dem Wettbewerb zu stellen und sich zu reorganisieren. Sein drohendes Ende war im Übrigen ein Leitmotiv der „Nein“-Kampagne, obwohl paradoxerweise gerade im EU-Verfassungsvertrag erstmals eine positive Absicherung öffentlicher Dienstleistungen im EU-Rahmen vorgenommen worden ist – Ergebnis einer erfolgreichen politischen Einflussarbeit.⁹ Aber die notwendige Transparenz und Öff-

nung bisheriger staatlicher Monopolunternehmen und auch ihre schrittweise (Teil-) Privatisierung werden oft als Zeichen des von der EU erzwungenen Niedergangs des *Service public* gewertet.

Kurz: Wesentliche Elemente des sozial abgedeckten Kapitalismus à la française sind unter Veränderungsdruck geraten. Das schafft Verunsicherung. So stellte Alain Duhamel schon nach dem Wahlschock vom 21. April 2002 fest: „Die Bürger dieses Landes fürchten [...] die Zukunft. Sie haben Angst vor den Auswirkungen der Globalisierung, der Einwanderung, manchmal der europäischen Integration. Sie sehen darin eine Gefahr für ihre kollektive Identität. Sie stellen fest, dass ihre traditionellen Werte infrage gestellt werden, dass die Symbole der Autorität ins Wanken geraten, dass der soziale Fortschritt zuweilen einer brutalen Regression weicht.“¹⁰

Dass ein solcher Zustand nicht einen Aufbruch nach Europa, sondern im Gegenteil einen Rückzug auf das Nationale provoziert, liegt auf der Hand. Dass er auch zu einer Vertrauenskrise gegenüber der politischen Klasse führt, ist freilich weitgehend letzterer zuzuschreiben. Denn linke wie rechte Regierungen haben seit zwei Jahrzehnten eine immer größere Kluft zwischen ihrer tatsächlichen Politik verschämter, halbherziger, mehr oder minder liberaler Reformen und ihren traditionellen, an etatistischen Leitbildern orientierten Diskursen entstehen lassen. So sind kollektive Lernprozesse ebenso verhindert worden wie die mühsame, aber dringend notwendig Erneuerung öffentlichen Handelns.

Welche Wege aus der Krise?

Aus diesem Befund ergeben sich Schlussfolgerungen sowohl für die französische als auch die europäische Politik.

1. Die großen Regierungsparteien müssen endlich damit beginnen, Klartext zu re-

den. Ein Paradox des Referendums ist es ja, dass einerseits die Verteidigung des tradierten französischen Sozialmodells (gegen neoliberale Einflüsse aus Europa) in aller Munde ist und auch Präsident Chirac ausdrücklich an diesem Modell festgehalten hat; gleichzeitig aber wird immer deutlicher, dass ebendieses Modell „mit seinen 10 Prozent Arbeitslosen, seinen vier Millionen ausgegrenzten Menschen, seiner Million Sozialhilfeempfänger, seinen aus dem Ruder geratenen öffentlichen Finanzen [...] seit langem das Bild eines Anti-Modells abgibt.“¹¹ Die Suche nach neuen Wegen aus der Arbeitslosigkeit und der Prekarität muss ideologische Scheuklappen hinter sich lassen; der Generalverdacht des (ökonomischen) Liberalismus, der allen auch behutsamen Versuchen einer Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen frontal entgegengeschleudert wird, hat in der Vergangenheit allzu oft neue Denkansätze verhindert und den Status quo zementiert. Die Suche nach einem erneuerten französischen Weg jenseits liberaler Radikalkuren und Status-quo-Protektionismen erfordert zunächst die Anerkennung der Tatsache, dass französische Politik in einem Mehrebenensystem und in einem marktwirtschaftlichen Umfeld agiert – Binsenweisheiten, von denen die Diskurse links wie rechts allerdings zur Zeit meilenweit entfernt sind. Nur so aber kann ein realistisches Konzept entstehen.

2. Zu diesem Klartext gehört auch, den Stellenwert der französischen in Bezug auf die europäische Politik realistisch zu bestimmen. Denn die oben beschriebenen Veränderungen sind ja weder neu, noch sind sie vom Himmel gefallen oder aus Brüssel verordnet worden. Sie wurden allesamt durch die nationalen Regierungen, auch durch Frankreich, herbeigeführt – auch von einem Laurent Fabius, der 1985 als Premierminister die Finanzmärkte liberalisierte und 1986 das liberale Binnenmarktprogramm mitbeschlossen hat, sich heute aber als Ritter wider den Euro-Li-

beralismus aufführt. Die Wagenburg-Mentalität, die einen Großteil der führenden Vertreter des „Nein“-Lagers in ihrer Argumentation bestimmte und die das „französische Modell“ von neoliberalen Feinden umzingelt sieht, führt in die Sackgasse. Die Illusionen werden schnell zerplatzen, denn „man muss naiv oder arrogant – oder beides – sein, um sich vorzustellen, die anderen europäischen Staaten würden sich den – im Übrigen heterogenen – Positionen anschließen, die von den Verfechtern des Nein vertreten werden.“¹² Nicht nur, weil in anderen Staaten andere ordnungspolitische Vorstellungen vorherrschen, als sie von dem „Non de gauche“ vertreten werden, sondern schlicht weil die EU bei allen ihren Mängeln andere Staaten nicht daran hindert, einen hohen Beschäftigungsstand, eine solidarische Soziale Sicherung und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft miteinander zu vereinbaren.

3. Eine weitere Facette ist in diesem Zusammenhang die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Auch hier gehört an den Anfang eine Einschätzung, die undifferenzierte Urteile hinter sich lässt, wie sie vom „Nein“-Lager unermüdlich produziert worden sind. Die gegenwärtige EU-Wirtschaftsverfassung ist liberaler als vielen lieb ist; dies ist zum einen eine Konsequenz der Marktintegration, die bislang den Integrationsprozess beherrscht hat, zum anderen auch ein Ergebnis politischer und sozialer Kräfteverhältnisse. Dennoch: Sie trägt, ebenso wie der Verfassungsvertrag, einen

Kompromisscharakter. Es finden sich zahlreiche Bestimmungen, die als Ansatzpunkt für eine dem sozialen Ausgleich verpflichtete Wirtschafts- und Sozialordnung dienen können.¹³ Trotz aller einschränkenden – von Frankreich mitbeschlossenen – Regelwerke ist es auch nicht die EU, die Frankreich oder Deutschland an einer modernen Sozial-, Bildungs- oder Standortpolitik hindern würde.

4. Das französische Nein hat Frankreichs Position in der EU geschwächt, auch und gerade dort, wo es um die Formulierung und Durchsetzung ehrgeiziger Ziele einer dynamischen europäischen Wirtschaftspolitik geht. Zum einen sind die – wenngleich bescheidenen – Fortschritte auf dem Weg zu einem handlungsfähigen politischen Europa für lange Zeit auf Eis gelegt; zum anderen ist das politische Gewicht französischer Vorschläge und Forderungen, etwa für eine EU-Industriepolitik, für gemeinsame technologische Großprojekte oder auch eine bessere makroökonomische Koordinierung im Euroraum („gouvernement économique“), geschwächt. Dennoch weisen diese Vorschläge häufig in die richtige Richtung und sollten damit weiterverfolgt werden. Hier ist auch die deutsch-französische Zusammenarbeit gefragt. Aber diese Positionen werden nur dann überzeugend und mehrheitsfähig sein, wenn beide Länder zu Hause ihre eigenen Wirtschafts- und Sozialmodelle überzeugend erneuern und eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungsdynamik vorweisen können.

- 1 Zitat von *Philippe Frémeaux* in dem ausgewogenen, aus einer kritischen linken Perspektive geschriebenen, sich wohltuend von zahlreichen ideologisch überzogenen Darstellungen abhebenden Dossier „Pour comprendre le traité constitutionnel“ der Zeitschrift „Alternatives économiques“, Nr. 236, Mai 2005, S. 6–15 (Zitat S. 7).
- 2 Die in der Tabelle wiedergegebenen Ergebnisse der IPSOS-Umfrage werden durch andere Studien erhärtet; vgl. unter anderem CSA: Le référendum sur le traité constitutionnel: explication du vote et perspectives politiques. Mai 2005, <http://www.csa-tmo.fr/dataset/data2005/opi20050529d.pdf>.
- 3 *Eric Dupin*: Deux France caricaturales. In: „Les Echos“, 31.5.2005, S. 21.
- 4 Vgl. *Laurent de Boissieu*: „Le „non“ s'est développé sur fond de malaise social“. In: „La Croix“, 31.5.2005, S. 5.
- 5 Vgl. dazu *Vianney Aubert*: Le cri des classes moyennes. In: „Le Figaro“, 6.6.2005.
- 6 Vgl. dazu *Henrik Uterwedde*: Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells. In: *Adolf Kimmel / Henrik Uterwedde* (Hg.): Länderbericht Frankreich, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 173–191; demnächst auch Ders.: Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik: Vom Etatismus zur gouvernance à la française? In: *Joachim Schild / Henrik Uterwedde* (Hg.): Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005 (i.E.).
- 7 Vgl. dazu die umfangreichen Analysen in *Wolfgang Neumann* (Hg.): Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Frankreich und Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004; ferner *Ingo Bode / Mechthild Veil*: Arbeit, Gesundheit, Renten. Die ungleiche Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Frankreich und Deutschland. In: DOKUMENTE 3/2003, S. 24–46.
- 8 Vgl. *Philippe Estèbe*: Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells. In: *Kimmel / Uterwedde*, a.a.O. (Anm. 7), S. 87–100.
- 9 Vgl. *Claire Vannini*: Droit communautaire, service public et concurrence. In: Fondation Robert Schuman, Supplément de la lettre no. 203, 7.3.2005 (www.robert-schuman.org); ebenso die zahlreichen Beiträge des Europaabgeordneten *Philippe Herzog*, der wesentlichen Anteil an dem Kampf für eine Verankerung der öffentlichen Dienstleistungen in der EU-Wirtschaftsverfassung hat: <http://www.confrontations.org/philippeherzog/index.php>.
- 10 *Alain Duhamel*: Le désarroi français. Plon, Paris 2003, S. 225.
- 11 *Pierre-Alain Delhommais*: Le non et l'exception économique française. In: „Le Monde“, 2.6.2005, S. 1/18. Zu dieser Debatte auch *Claire Guélaud*: Le modèle social français est à bout de souffle. In: „Le Monde“, 3.6.2005, S. 8 ; „Les impasses du 'modèle français'“. In: „La Croix“, 2.6.2005, S. 7, oder *Yves de Kerdrel*: Faut-il vraiment sauver le modèle social français? In: „Les Echos“, 2.6.2005, S. 14.
- 12 *Pierre-Alain Delhommais*, a.a.O. (Anm.11).
- 13 Vgl. dazu *Francesco Martucci*: La constitution européenne est-elle libérale? Fondation Robert Schuman, supplément de la lettre no. 208, 25.4.2005.